



# EINBLICK

## NACHRICHTEN AUS MEINEM WAHLKREIS UND BERLIN

### IN DIESER AUSGABE:

Am Sachverstand vorbei regiert: Das Sachverständigengutachten der „Wirtschaftsweisen“	2
Runder Tisch des Sportkreises Biberach	3
Olympia und Paralympics stehen vor der Tür	3
Veranstaltungsnachlese	4
Jugendmedienworkshop des Deutschen Bundestages	4

### Weiter für Biberach und für die Menschen!

Am 7. Februar finden in Biberach die Oberbürgermeisterwahlen statt. Amtsinhaber Thomas Fettback stellt sich erneut dem Votum der Bürgerinnen und Bürger. Die anderen Biberacher Parteien haben keinen Gegenkandidaten nominiert. Für mich ein deutliches Zeichen für Thomas Fettbacks ein-drucksvolle Leistungs- und Erfolgsbilanz. Dank seiner Arbeit für Biberach in den vergangenen Jahren zollt selbst die politische Konkurrenz Thomas Fettback hohe Wertschätzung und Respekt.



OB Thomas Fettback, Quelle: [www.thomas-fettback.de](http://www.thomas-fettback.de)

Thomas Fettback ist mit einem umfangreichen Programm in das Rennen um eine weitere Amtszeit gestartet. Im Mittelpunkt seines Arbeitsprogramms stehen die Menschen, die in Biberach leben. Eine hohe Lebensqualität, soziales Miteinander und eine intakte Umwelt sind Biberachs Markenzeichen – nicht zuletzt dank ihm.

In den vergangenen Wochen und Monaten hat Thomas Fettback mit seiner Wählerinitiative einen engagierten Wahlkampf geführt. Dort engagiere auch ich mich selbstverständlich für meinen Freund Thomas Fettback. Heute möchte ich deshalb an Sie appellieren: Setzen Sie sich ebenfalls für einen sozialdemokratischen Oberbürgermeister in unserer CDU-dominierten Region ein. Denn auch die OB-Wahl am 7. Februar ist kein Selbstläufer!

Helfen Sie mit und statten Sie Thomas Fettback mit einem Vertrauensvotum aus, das es ihm ermöglicht, seine gute und erfolgreiche Arbeit für unsere Stadt und unsere Region fortzusetzen!



### Liebe Bürgerinnen, liebe Bürger,

vier Monate nach der Bundestagswahl hat die neue Regierungskoalition dramatisch an Unterstützung verloren. Ein kompletter Fehlstart, den vor allem die FDP mit ihrer schamlosen Klientelpolitik verantwortet. Mit unseriösen Wachstumsverheißungen, Steuergeschenken für Besserverdienende und lukrativen Ausnahmeregelungen für finanzkräftige Lobbygruppen haben die (Neo-)Liberalen deutlich gemacht, dass alle Warnungen vor den Folgen von Schwarz-Gelb berechtigt waren. Angesichts massiver handwerklicher Fehler geht selbst ein Teil der umworbenen Profiteure des neuen Kurses vorsichtig auf Distanz.

Als Opposition müssen wir uns Sorgen um die Zukunft unseres Landes machen, das von einer Regierungsmannschaft dirigiert wird, die offensichtlich nicht über den Tag und den Tellerrand ihrer Großspender hinaus denkt. Wir stehen weiterhin für einen Kurs der Haushaltskonsolidierung, der den sozialen Zusammenhalt in unserem Land nicht aus dem Auge verliert. Wir waren das soziale Gewissen der Großen Koalition - nun sind wir die Stimme der Vernunft im Deutschen Bundestag!

Herzliche Grüße  
Ihr

### Neujahrsempfang der Jusos mit Herta Däubler-Gmelin

Der Juso-Kreisverband Biberach veranstaltet am

**Freitag, 29. Januar 2010**

**um 18.00 Uhr**

**im „Altes Haus“, Kolpingstr. 36, Biberach**

seinen Neujahrsempfang.

Bundesjustizministerin a. D. Herta Däubler-Gmelin wird zum Thema „Klimawandel und Krise. Wo bleibt die Sozialdemokratie?“ vortragen und mit den Anwesenden diskutieren. Alle Interessierten sind herzlich eingeladen an der Veranstaltung teilzunehmen!

## AM SACHVERSTAND VORBEI REGIERT: DAS JAHRESGUTACHTEN DER FÜNF „WIRTSCHAFTSWEISEN“ GEHT MIT DEM SCHWARZ-GELBEN KOALITIONSVERTRAG HART INS GERICHT

Dass politischer und wissenschaftlicher Sachverstand nicht immer einen gemeinsamen Nenner finden, ist im parlamentarischen Alltag leider eher die Regel als die Ausnahme. Doch nur selten kommt es vor, dass die wissenschaftliche Expertise ihre Kritik am Kurs einer neuen Bundesregierung so harsch formuliert wie das aktuelle Jahresgutachten des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung.

*„Auch wenn es die neue Bundesregierung nicht wahr haben will: Ohne harte Einschnitte bei den öffentlichen Ausgaben oder ohne Erhöhungen von Steuern oder anderen Abgaben kann eine Konsolidierung der staatlichen Haushalte nicht gelingen. Im Hinblick auf die zentrale finanzpolitische Aufgabe in der näheren Zukunft – die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte – ist der Koalitionsvertrag vage und in jeder Hinsicht enttäuschend“,* so das Fazit des fünfköpfigen Gremiums, dessen Mitglieder besser als die „Wirtschaftsweisen“ bekannt sind.

Die Expertenrunde warnt davor, dass Deutschland in eine Situation geraten könnte, in der ein schwaches wirtschaftliches Wachstum, mit hoher Staatsverschuldung und einem von staatlichen Hilfen abhängigen Bankensystem zusammenfällt. Um dies zu vermeiden sei es notwendig, die staatlichen Eingriffe zur Stabilisierung des Finanz- und Wirtschaftssystems auf ein normales Maß zurückzuführen, ohne den konjunkturellen Aufschwung zu gefährden. Deshalb sei in den Bereichen der Finanzpolitik, der Finanzmarktstabilisierung und der Geldpolitik eine vorsichtiger „Exit-Strategie“ von Staatsseite gefragt.

Gleichzeitig gelte es, Wachstumsimpulse durch gezielte Investitionen in Bildung und Forschung sowie Reformen in den Bereichen der Arbeitsmarkt- und Strukturpolitik anzugehen. Um die staatliche Handlungsfähigkeit langfristig nicht zu gefährden stehe jedoch über allem das Ziel, die Neuverschuldung ab dem Jahr 2011 zurückzuführen und hierzu vor allem auf der Ausgabenseite zu sparen.

Auf der Suche nach entsprechenden Maßnahmen diagnostizieren die Wirtschaftsweisen im schwarz-gelben Koalitionsvertrag jedoch Fehlanzeige: *„Nicht nur mangelt es an konkreten Schritten zur Rückführung der staatlichen Neuverschuldung, stattdessen werden Steuererleichterungen und zusätzliche Ausgaben in Aussicht gestellt. Das Abwägungsproblem zwischen Konsolidierung, Steuererleichterungen und Zukunftsinvestitionen wird nicht thematisiert, geschweige denn gelöst. Wenn man schon glaubt, zusätzliche Mittel zur Verfügung zu haben, dann sollten diese besser für Zukunftsinvestitionen eingesetzt werden, anstatt sie beispielsweise in Form eines Betreuungsgelds und Steuernachlässen für Hotelbetriebe zu verwenden.“*

Auch wenn nicht alle Empfehlungen des Gutachtens – speziell in den Bereichen der Arbeitnehmerrechte und der Sozialpolitik – in Einklang mit sozialdemokratischen Positionen zu bringen sind, wird das maßgeblich von Finanzminister Peer Steinbrück getragene Krisenmanagement der vergangenen Bundesregierung insgesamt gewürdigt: *„Geld- und Finanzpolitik sind den massiven Problemen im Bereich der Realwirtschaft und der Finanzmärkte mit einer Rei-*

*he von Maßnahmen, angefangen mit mehreren Konjunkturprogrammen bis hin zu einem Auffangnetz für Finanzinstitute, begegnet. Dabei ist der Staat erhebliche, bis vor der Krise kaum vorstellbare finanzielle Belastungen eingegangen und hat sich im Bankensektor institutionell und finanziell in bisher nicht gekanntem Ausmaß engagiert. Auch wenn durchaus Kritik im Detail geübt werden kann: Die Reaktion der Politik war richtig. Ohne sie wäre alles noch viel schlimmer gekommen.“*

Angesichts der Schwammigkeit ihrer wirtschaftspolitischen Konzepte hat der Sachverständigenrat der Nachfolgeregierung eine unmissverständliche Warnung ins Stammbuch geschrieben: *„Eine Wirtschaftspolitik, die eine konsequente Exit-Strategie vermissen lässt und zu geringe Spielräume für Investitionen in Bildung und Innovation schafft, läuft Gefahr, die Zukunft aufs Spiel zu setzen.“* Deutlicher könnte das Menetekel nicht ausfallen.



Das Gutachten finden Sie im Internet unter <http://www.sachverstaendigenrat-wirtschaft.de>

## RUNDER TISCH DES SPORTKREISES BIBERACH: SPORTVEREINE BRAUCHEN MEHR GELD

Auf Einladung des Sportkreises Biberach und seiner Vorsitzenden Elisabeth Strobel diskutierte ich am letzten Samstag mit Eugen Schlachter und Peter Schneider, MdL, über die Zukunft der Sportfinanzierung in Baden-Württemberg, den sogenannten Solidarpakt.

Hintergrund waren Verunsicherungen in den Vereinen durch die Ankündigung der Landesregierung, die Mittel für den Sport nicht zu erhöhen. Hierzu muss man wissen, dass die Landesregierung für die Jahre 2007 bis 2010 im Solidarpakt I dem organisierten Sport eine Summe von jeweils rund 64 Mio. € im Jahr zugesagt hatte. Bei den Haushaltsberatungen für das Jahr 2011 wurde eine Erhöhung nicht in Aussicht gestellt.

Dies ist für den Sport bei steigenden Mitgliederzahlen und sinkenden Einnahmen aus den Sportwetten nicht verkraftbar. Seit Jahren geht der Zuschuss des Landes - auf die Mitgliederzahlen gerechnet - kontinuierlich zurück. Bekamen die Vereine 1990 noch 30,59 € Zuschuss pro Jahr und Mitglied, so sank der Zuschuss über die Jahre immer weiter ab.

Im Jahr 2010 erhalten die Sportorganisationen nur noch 17,16 € pro Jahr und Mitglied. Rechnet man die Inflationsrate mit ein, so kommt man sogar auf einen Zuschuss von nur noch 11,79 €!

In absoluten Zahlen ist es noch deutlicher: Bekam der Sport im Jahr 1990 (mit Sportstättenförderung) noch 94,84 Mio. €, so sind es im Jahr 2010 nur noch 64,17 Mio. €. Vor diesem Hintergrund waren sich (fast) alle Teilnehmer einig, dass zumindest eine Erhöhung um die Teuerungsrate von ca. 7,8 Mio. € unverzichtbar für die Arbeit der Sportvereine ist.

Natürlich wissen die Sportvereine, dass in der Wirtschafts- und Finanzkrise große Sprünge nicht möglich sind. Aber die große Bedeutung des Sports für unser Gemeinwesen und die gewachsenen Aufgaben der Sportvereine dürfen hierbei nicht außer Acht bleiben. Erwähnt sei dabei nur die wichtigen Aufgaben wie Kinderbetreuung in Schulen und Kindergärten. Gerade bei den Ganztagschulen nimmt die Landesregierung die Hilfe der Sportvereine gerne zum

Nulltarif in Anspruch, lässt sich in jeder Rede zum Sport feiern und trocken gleichzeitig die Vereine finanziell aus.

Auch bei der Unterstützung der Übungsleiter besteht dringend Nachholbedarf: Willy Brandt, Helmut Schmidt und Gerhard Schröder haben als Kanzler eine Steuerbefreiung der Übungsleiterpauschale eingeführt bzw. den Betrag erhöht. Auch in der großen Koalition hat Peer Steinbrück eine Erhöhung durchsetzen können, auf jetzt 2100 €. Im Gegensatz dazu liegt der Förderbetrag der Landesregierung Baden-Württemberg seit 40 Jahren nahezu unverändert bei 1,80 €. In den 1960er Jahren waren 3,50 DM vielleicht viel, heute ist es viel zu wenig!

Bei meinen vielen Gesprächen mit Sportvereinen im Kreis Biberach und in Baden-Württemberg insgesamt zeigt sich immer wieder: Wir haben zu wenige Übungsleiter, so dass die Vereine Kinder, die Sport treiben wollen, abweisen müssen, weil sie kein Personal haben. So wird dann auch an den Kinder- und Jugendabteilungen am meisten gespart - und das kann keiner wollen!

## OLYMPIA UND PARALYMPICS STEHEN VOR DER TÜR

Das neue Sportjahr beginnt gleich mit einem Großereignis: Vom 12. bis zum 28. Februar finden die olympischen Winterspiele an Vancouver und Whistler statt. Insgesamt wird Deutschland über 150 Sportlerinnen und Sportler zu den Spielen schicken.

Ich freue mich schon sehr auf die Spiele und die vielen spannenden Wettkämpfe. Bei den letzten olympischen Winterspielen in Turin konnte die deutsche Mannschaft

mit 11 Gold-, 12 Silber- und 6 Bronzemedailles den ersten Platz in der Nationenwertung erringen. Ich bin gespannt, wie die Deutschen Athletinnen und Athleten in diesem Jahr abschneiden.

Besonders wichtig ist aber meiner Meinung nach, dass sich der DOSB (Deutscher Olympischer Sportbund) den sauberen, also dopingfreien Sport zum Ziel gemacht hat und diesem höhere Priorität einräumt als dem Medaillenspiegel.

Im Anschluss an die olympischen Spiele finden dann vom 12. bis zum 21. März die Paralympics, also die olympischen Spiele von Menschen mit Behinderung statt.

Ich selbst werde auch zur Delegation gehören, die zu den Paralympics reist und davon in einer der nächsten Ausgaben des Einblick berichten.

**Impressum:**

**Martin Gerster, MdB**

Büro Berlin:  
Deutscher Bundestag  
11011 Berlin  
Telefon: (030) 227 74711  
Fax: (030) 227 76721  
E-Mail: martin.gerster@bundestag.de

Bürgerbüro Biberach:  
Poststraße 7  
88400 Biberach  
Telefon: (07351) 300 3000  
Fax: (07351) 300 3001  
E-Mail: martin.gerster@wk.bundestag.de

**V.i.S.d.P.**

Martin Gerster, MdB

**Redaktion und Layout**

- Berlin:  
Beate Klein  
Oliver Stegemann  
Alexander Geisler

- Biberach:  
Wolfgang Heinzel

Die Redaktion freut sich über Kritik und Anregungen.

**Bürgersprechstunde**

Die nächste Bürgersprechstunde findet am

**Freitag, 05. Februar 2010**

statt. Von 10 bis 12 Uhr stehe ich in meinem Büro in Biberach, Poststraße 7, für Gespräche jeder Art zur Verfügung. Eine Anmeldung ist nicht erforderlich.

**Rückmeldung:**

Wenn Sie den „Einblick“ künftig nicht mehr erhalten möchten, schicken Sie bitte eine Mail an mein Büro: martin.gerster@bundestag.de

**NEUJAHRSEMPFANG DER SPD - SCHREINER KRITISIERT DUMPING-LÖHNE**

15.01.2010 - WARTHAUSEN - In einer kämpferischen Rede hat der SPD-Sozialexperte Ottmar Schreiner beim Neujahrsempfang der SPD im Landkreis beißende Kritik an der neuen Regierung geübt. Schreiner befürchtet eine Spaltung der Gesellschaft in Arm und Reich.

Die 23 Prozent bei der letzten Bundestagswahl waren das schlechteste Nachkriegsergebnis der SPD. Das bezeichnete Gastgeber MdB Martin Gerster in seinem Eingangsreferat als „Desaster“. Die Partei benötige eine „absolute Neuaufstellung“.

Die Frage, ob die SPD eigentlich noch eine Volkspartei sei, stellte Gastredner Ottmar Schreiner an den Anfang seiner frei vorgetragenen, gut einstündigen Rede, die von den rund 100 Parteifreunden im Knopfstadel mit dankbarem Beifall bedacht wurde. 23 Prozent Stimmenanteil und der erhebliche Mitgliederschwund der letzten Jahre, sagte Schreiner, bedeuteten, dass die SPD nicht alles richtig gemacht habe. Das Vertrauen sei „kilo- und zentnerweise verspielt“ worden. Auch die innerparteilichen Umgangsformen seien dringend verbesserungsbedürftig.

**„Regierung macht Bockmist“**

Fast alles falsch, „einen Bockmist nach dem anderen“, mache die neue Regierung, so der saarländische Bundestagsabgeordnete. Sie tue so, als gebe es keine Krise. Als „zentrale Ursache“ dieser Krise sieht Ottmar Schreiner in Übereinstimmung mit dem Wirtschaftswissenschaftler Wilhelm Nölling die wachsende, extreme Ungleichheit der Löhne. „Diese Einkommensunterschiede hält das Land nicht aus“, sagte Schreiner. Dies bedeute eine Schiefelage in Deutschland. Das habe mit sozialer Marktwirtschaft nichts mehr zu tun. Derzeit, so der Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen und SPD-Parteivorstandsmitglied, spalte sich die Gesellschaft wie nie zuvor in Arm und Reich. Diese Spaltung führe dazu, dass die Menschen gegenüber der Demokratie immer gleichgültiger würden. Scharf kritisierte Schreiner die „Amerikanisierung“ des deutschen Arbeitsmarktes. Dumpinglöhne und prekäre Beschäftigungsverhältnisse seien „eine Schande hoch drei“. Die Betroffenen seien moderne Tagelöhner. Die SPD fordere daher Mindestlöhne und -renten.

Genauso heftig wandte sich der Redner gegen Hartz IV. Das sei eine „Kriegserklärung an die organisierte Arbeiterschaft, wir brauchen eine grundlegende Reform“, forderte Schreiner. Dies gelte auch für die Rentenpolitik.



Der Biberacher SPD-Kreistagsfraktionschef Werner Krug, MdB Ottmar Schreiner, Biberachs Oberbürgermeister Thomas Fettback und MdB Martin Gerster (v.l.) vor der Veranstaltung. (Foto: Wolfgang Heinzel)

Scharfe Kritik übte Ottmar Schreiner an den „gewaltigen Defiziten“ im Bildungsbereich. Es dürfe nicht sein, dass ein Großteil der jugendlichen Migranten mangels Schul- und Berufsausschluss keine Chance auf dem Arbeitsmarkt habe. Trotz der augenblicklich fatalen Lage der SPD hofft der Politiker jedoch, dass die „23 Prozent ein Ausrutscher“ waren.

(Artikel von Wolfgang Manecke in der Schwäbischen Zeitung, Ausgabe Biberach)

**Jugendmedienworkshop des Deutschen Bundestages in Berlin**

Noch bis zum 14.2.2010 können sich junge Journalistinnen und Journalisten (16 bis 20 Jahre) für den Jugendmedienworkshop bewerben. Dieser findet vom 14.3. bis 19.3. im Deutschen Bundestag in Berlin statt.

Das Motto lautet: „Generation Global - Einheit. Nachhaltigkeit. Krise. Unsere Themen, unsere Perspektiven“.

Eine Woche lang werden die Jugendlichen hinter die Kulissen der Berliner Mediendemokratie blicken. Sie hospitieren in Redaktionen, begleiten Hauptstadtkorrespondenten, diskutieren mit Abgeordneten aller Fraktionen und besuchen Plenarsitzungen im Deutschen Bundestag.

Bewerben können sich interessierte Jugendliche mit einem Artikel oder einem Video- bzw. Audiobeitrag zu einem Thema, das auf der Homepage <http://bundestag.jugendpresse.de> näher erläutert ist.